

ANTRAG

der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Solidarität mit den Angehörigen, Freundinnen und Freunden der Opfer der neofaschistischen Terrorbande NSU

Der Landtag möge beschließen:

1. Ein Jahr nach Selbstenttarnung des NSU gilt die Solidarität der demokratischen Fraktionen den Angehörigen, Freundinnen und Freunden der Opfer der neofaschistischen Terrorbande.
2. Es entspricht dieser Solidarität und dem Gedenken an die NSU-Opfer, wenn sich die Oberbürgermeister der sieben Tatortstädte für Gedenktafeln mit gleichlautender Inschrift ausgesprochen haben und dieses Vorhaben auch in der Hansestadt Rostock, in der im Februar 2004 Mehmet Turgut ermordet wurde, zügig umgesetzt wird.
3. Gedenken und Solidarität im Zusammenhang mit der verabscheuungswürdigen NSU-Mordserie umfasst einen Appell an alle Bürgerinnen und Bürger des Landes Mecklenburg-Vorpommern, weiterhin engagiert und verstärkt allen Formen von Alltagsrassismus und Fremdenfeindlichkeit entgegenzutreten.

Dr. Norbert Nieszery und Fraktion

Vincent Kokert und Fraktion

Helmut Holter und Fraktion

Jürgen Suhr und Fraktion

Begründung:

Die Frage, wie es passieren konnte, dass die Mordserie der rechtsextremistischen Terrorzelle NSU über zehn Jahre in der Bundesrepublik stattfinden und unentdeckt bleiben konnte, bewegt die Menschen auch in Mecklenburg-Vorpommern noch heute.

Solidarität mit den Angehörigen, Freundinnen und Freunden der Opfer schließt die Verpflichtung zu umfassender Aufklärung ebenso ein, wie das konsequente Ergreifen von Maßnahmen, mit denen eine Wiederholung ausgeschlossen wird.

Ein Jahr nach Aufdeckung des NSU haben bundesweit Tausende der Mordopfer gedacht, auch in der Hansestadt Rostock. Hier war im Februar 2004 Mehmet Turgut ermordet worden. Dieser Fall in Mecklenburg-Vorpommern war der fünfte von zehn Morden, für die der NSU verantwortlich gemacht wird. Dass sich die Oberbürgermeister der sieben Tatortstädte für Gedenktafeln mit gleichlautender Inschrift ausgesprochen haben, begrüßt der Landtag und erwartet, dass dieses Vorhaben auch in Rostock zügig umgesetzt wird.

Zu den aus dem NSU-Terror zu ziehenden Lehren gehört auch, wie wichtig zivilgesellschaftliches Engagement gegen Neonazis, gegen Rechtsextremismus und Rassismus ist. Die Bürgerinnen und Bürger müssen die Demokratie auch in Mecklenburg-Vorpommern noch stärker selbst in die Hand nehmen und sie täglich engagiert verteidigen.